



# Baden-Württemberg

STAATSMINISTERIUM  
PRESSESTELLE DER LANDESREGIERUNG

## **PRESSEMITTEILUNG**

4. Oktober 2005

Nr. 305/2003

### **Landesregierung beschließt Fortschreibung des Umweltplans und turnusmäßige Neubesetzung des bundesweit einmaligen Nachhaltigkeitsbeirat**

**Ministerpräsident Günther H. Oettinger und Umweltministerin Tanja Gönner: „Nachhaltigkeit ist Grundlage für verantwortungsvolle Umweltpolitik - Herausforderungen bei Klimaschutz, Flächenverbrauch, Lärmbekämpfung und Luftreinhaltung“**

**Umweltplan bildet Orientierungsrahmen: Gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung muss dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen Rechnung tragen**

„Baden-Württemberg ist sich seiner Verantwortung für eine Nachhaltige Entwicklung stets bewusst gewesen und hat sich daher mit dem Umweltplan als erstes Bundesland umweltpolitische Leitlinien mit konkreten Umweltzielen vorgegeben. Uns geht es aber nicht nur um Zielsetzungen, wir wollen auch von unabhängiger Stelle wissen, wie erfolgreich wir bei der Umsetzung unserer Ziele sind. Der Nachhaltigkeitsbeirat mit seinen anerkannten Experten, den so kein anderes Land kennt, ist daher für uns ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Umweltpolitik“. Dies sagten Ministerpräsident Günther H. Oettinger und Umweltministerin Tanja Gönner im Anschluss an die Ministerratssitzung am Dienstag (4. Oktober 2005) in Stuttgart.

Die Landesregierung habe beschlossen, den im Jahr 2000 verabschiedeten Umweltplan zu aktualisieren und fortzuschreiben. In einem breit angelegten Beteiligungsverfahren sollen Umwelt-, Wirtschafts-, Kommunal- und Regionalverbände

eingebunden werden. "Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung des Landes wird nur dann nachhaltig erfolgreich sein, wenn auch Umwelt und Natur - dem Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlage - Rechnung getragen wird", betonten Ministerpräsident Günther H. Oettinger und Umweltministerin Tanja Gönner.

### **Expertengremium neu besetzt**

Bestätigt wurde außerdem die vom Umweltministerium vorgeschlagene Neubesetzung des im April 2002 erstmals eingerichteten und auf der Ebene eines Bundeslandes einzigartigen Nachhaltigkeitsbeirats. Das neunköpfige Experten-Gremium berät die Landesregierung in Fragen einer dauerhaft umweltgerechten und zukunftsfähigen Entwicklung des Landes. Der Beirat überprüft außerdem in regelmäßigen Abständen die Erreichung der im Umweltplan verankerten Ziele.

Der Nachhaltigkeitsbeirat habe mit dem im Juni dieses Jahres vorgelegten ersten Statusbericht über den Umweltplan die Grundlage für eine praxisgerechte Fortschreibung geschaffen. "Wir wollen deutlich machen, in welchen Bereichen der Umweltpolitik die künftigen Schwerpunkte liegen", sagte Oettinger. Der Umweltplan solle weiterhin den Orientierungsrahmen bilden und zugleich Leitlinie sein. Mit der Fortschreibung solle der Plan bewusst verschlankt und konkreter gefasst werden, damit die Umweltziele des Landes der Öffentlichkeit klarer vermittelt werden können. Man wolle aber auch neue Akzente und Impulse setzen und insbesondere den Nachhaltigkeitsgedanken noch besser verankern. "Wir wollen außerdem am Ende auch feststellen können, ob und was wir erreicht haben für Natur und Umwelt wie auch für die Menschen", erläuterte Tanja Gönner. Deshalb werde an konkreten Zielvorgaben festgehalten. Sie sollten sich noch mehr als bisher am konkreten Handlungsspielraum des Landes ausrichten.

### **Schwerpunkt: Klimawandel und Klimaschutz**

Einen besonderen Schwerpunkt solle der Klimaschutz und damit die Verringerung des Ausstoßes der klimaschädlichen Treibhausgase bilden, erklärte Günther H. Oettinger. "Wir müssen zwar eingestehen, dass die Einflussmöglichkeiten des

Landes vergleichsweise gering sind." So stagniere trotz vielfältiger Anstrengungen in den vergangenen Jahren der Kohlendioxid-Ausstoß im Land mit jährlich etwa 78 Millionen Tonnen auf hohem Niveau. "Wir glauben dennoch, dass wir auch hier etwas bewegen können." So wachse angesichts des spürbaren Klimawandels das Bewusstsein für die Notwendigkeit gegenzusteuern. Erfolgreiche Ansätze hätten außerdem Signalwirkung und könnten beispielgebend für andere Länder sein.

### **Ausbau erneuerbarer Energien und Energieeffizienz**

Nicht zuletzt stärkten außerdem die aktuell gestiegenen Energiepreise die Einsicht, dass Alternativen zu den fossilen Energieträgern gefunden werden müssten. Bei ihrer Verbrennung werde klimaschädliches Kohlendioxid freigesetzt. "Ich bin überzeugt, dass wir bei den erneuerbaren Energien großes Potenzial haben und wir bei ihrer Nutzung einen Schub bekommen werden", meinte Tanja Gönner. So sei das in diesem Jahr erstmals als Impulsgeber angelaufene Förderprogramm zur Nutzung der oberflächennahen Erdwärme auf unerwartet große Resonanz gestoßen. Mehr als 700 Förderanträge seien bislang gestellt worden. Bis 2010 werde in Baden-Württemberg ein Anteil der erneuerbaren Energien von 11,5 Prozent an der Stromproduktion und von 4,8 Prozent am Primärenergieverbrauch angestrebt. Angesichts der veränderten Rahmenbedingungen sei es vorstellbar, dass sich der Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigt fortsetze. Es sei deshalb nicht unrealistisch bis 2020 einen Anteil an der Stromversorgung von 20 Prozent zu erreichen, sagte Gönner. Die erfolgreichen Förderprogramme des Landes würden deshalb fortgesetzt und zielgerichtet weiterentwickelt. Dazu gehörten das CO<sub>2</sub>-Minderungsprogramm „Klimaschutz plus“, das Programm „EnergieHolz Baden-Württemberg“ und das "Energiesparprogramm Altbau". Außerdem soll laut Gönner die Verbesserung der Energieeffizienz noch mehr in den Blickpunkt rücken. Durch die Sanierung von Gebäuden könnten Einsparungen von 40 bis 50 Prozent erzielt werden. "Das Minderungspotential beträgt in Baden-Württemberg etwa zehn Millionen Jahrestonnen Kohlendioxid."

Nach Übernahme der Regierungsverantwortung auf Bundesebene werde außerdem am Erneuerbaren-Energie-Gesetz im Grundsatz festgehalten, stellte

Oettinger klar. Dies gelte unabhängig vom Ausgang der derzeit laufenden Sondierungsgespräche zur Bildung einer Koalitionsregierung. "Die Erneuerbaren Energien müssen zwar das Ziel haben, ohne Quersubvention auszukommen und marktfähig zu werden. Das braucht aber noch Entwicklungszeit. Die müssen wir einräumen."

### **Ausbau des Hochwasserschutzes**

Ein wirksamer Klimaschutz mit einer deutlichen Verringerung des Ausstoßes der Treibhausgase, werde den sich derzeit bereits vollziehenden Klimawandel nicht umkehren, teilte Gönner mit. Um sich auf die zu erwartenden Folgen vorzubereiten, wolle das Land deshalb zusätzlich flankierende Maßnahmen ergreifen. So sollen ab dem kommenden Jahr die Fördermittel für die Verbesserung des technischen Hochwasserschutzes an Rhein, Neckar und Donau um sechs Millionen Euro auf insgesamt 29 Millionen Euro aufgestockt werden, kündigte Günther H. Oettinger an. Eine ausreichende finanzielle Ausstattung sei aber nur die eine Seite, betonte Tanja Gönner. Immer wieder gestalteten sich die erforderlichen Genehmigungsverfahren schwierig. Dies könne zu Verzögerungen führen. "Ich bin dennoch zuversichtlich, dass wir überzeugen können und die Ausbaupläne zügig realisiert werden können."

### **Flächenverbrauch, Lärmbekämpfung, Luftreinhaltung**

Weitere Schwerpunkte bei der Fortschreibung des Umweltplanes sollen der Flächenverbrauch und die Lärmbekämpfung wie auch die Luftreinhaltung sein. So sei zwar der Flächenverbrauch in den vergangenen fünf Jahren um etwa ein Viertel zurück gegangen. "Dennoch werden der Natur täglich 8,8 Hektar und damit eine Fläche von etwa 13 Fußballfeldern genommen." Die weitere Entwicklung werde sorgfältig beobachtet, kündigte Gönner an. "Wir werden unsere Instrumente überprüfen und wo nötig auch anpassen."

Zur verbesserten Lärmbekämpfung würden derzeit die Vorbereitungen zur Umsetzung der EU-Umgebungslärmrichtlinie getroffen. Eine der ersten Aufgaben der neuen Bundesregierung sei es, die zur Umsetzung erforderliche Rechtsverordnung

auf den Weg zu bringen. Ab kommendem Jahr solle im Land damit begonnen werden, die am stärksten belasteten Stellen ausfindig zu machen und ortspezifische Konzepte zur Lärminderung zu entwickeln. "Etwa jeder Dritte im Land leidet unter der Lärmbelastung. Das ist ein drängendes und lange Zeit unterschätztes Umweltproblem."

### **Umweltpolitik international ausrichten**

Die Landesregierung wolle auch künftig einen klaren Schwerpunkt in der Umweltpolitik setzen, bekräftigte Günther H. Oettinger. "Das wollen wir mit der Fortschreibung des Umweltplans auch zum Ausdruck bringen." Über den Entwurf der Fortschreibung des Umweltplans solle bis zum Jahresende 2006 erneut im Ministerrat beraten werden. Gleichzeitig sollen in der Umweltpolitik verstärkt internationale Ansätze verfolgt werden, kündigte der Regierungschef an. So wolle man sich beim Klimaschutz für ein Kyoto-Plus einbringen. "Es ist ganz entscheidend, die globalen Zusammenhänge im Blick zu behalten." Dabei müssten verstärkt sinnvolle länderübergreifende Instrumente entwickelt werden. Wir müssen dort Schwerpunkte setzen und in den Umweltschutz investieren, wo am Ende der Nutzen am Größten ist." Einen Erfolg versprechender Ansatz liege in dem in diesem Frühjahr angelauten internationalen Handel mit Emissionsrechten. "Die Erfahrungen müssen ausgewertet und wenn möglich, auf andere Bereiche übertragen werden."